



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
1907**

194 (27.4.1907) 2.Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-133265](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-133265)

Stenographischer Reichstagsbericht

des

Mannheimer Generalanzeigers

Parlamentarische Verhandlungen.

Rachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

30. Sitzung vom 20. April.

1 Uhr. Am Bundesratsstisch: von Einem, Hr. von Stengel u. a.

Eingegangen sind die Weisungen, betreffend die Majestätsbeleidigungen, den Keinen Befähigungsnachweis, den Vogelstich und den Unterhaltungswohnst, sowie ein Raattragsetat.

Zunächst wird die zweite Beratung des Militärsetats fortgesetzt. Zur Debatte stehen die Kapitel Artillerie- und Waffenzweigen und Technische Institute.

Abg. Pauli-Koldham (kons.)

erzählt wie abfänglich ausführlich die Verhältnisse in den spanischen Militär-Verhältnissen und bringt die Wünsche zahlreicher Lesartenkategorien zur Sprache. Besonders nimmt er sich an der Kaserneninspektoren, der Schirmmeister, der Oberbüchsenmacher, der Zeichner, der Maschinenmeister, der Verwaltungsschreiber, der Betriebschreiber, der Hauswirtschaftler und der Unterbeamten. Namentlich die Unterbeamten würden so schlecht bezahlt, daß es zum Himmel schreit; so bekommt ein Unterbeamter in Spandau nach 15jähriger Dienstzeit 300 Mk. pro Tag. Damit kann er doch unmöglich eine Familie ernähren. Dringend nötig wird es sein, daß man den Arbeitern einen Sommerurlaub gewährt. Dankbar sind die Arbeiter dafür, daß man ihnen Zuschüsse bewilligt hat. Unter den gelehrten Handverletern herrscht vielfach geradezu ein Notstand. Unterschiede bezüglich des Dienstalters müssen natürlich gemacht werden. Doch sollte man gelehrte Handwerker nicht mit ungelerten Arbeitern in eine Lohnklasse tun, wie es leider oft geschieht. Ich bitte die Militärverwaltung, auch diese Frage mal in Erwägung zu ziehen. (Beifall rechts.)

Abg. Jubel (Sog.)

ber, wie abfänglich, dem Abg. Pauli antwortet, beginnt seine Rede mit der Erwähnung, daß er auf die Geschäftsfrage keine Rücksicht nehmen und lange reden werde. Gestern, als es sich um agrarische Erbschaften handelte, hat man auch keine Rücksicht genommen. Die Militärverwaltung scheint große Angst vor den Sozialdemokraten zu haben. Es herrscht jetzt in Spandau ein Demunziantentum, ein Epitheton fernerer, an dem sich sogar die Angehörigen beteiligen. In sozialer Hinsicht ist die Verwaltung von einer ungläublichen Engherzigkeit und Kleinlichkeit. Das zeigt sich z. B. in der Urlaubfrage. Weder nimmt die Militärverwaltung sich nicht sozialdemokratische Betriebe, z. B. die „Vorwärts“-Druckerei, zum Ruhezuge. Auch über die Verhältnisse in Danau werden viele Klagen laut. Es kommen auch dort Menschenmengen vor. Redner erwidert ausführlich auf die Verhältnisse in Danau. Wir hoffen, daß die Militärverwaltung allmählich zur Besserung forgen wird. Jedenfalls haben wir unsere Schuldscheine anzuheben, indem wir diese Verhältnisse zur Sprache bringen. Wir werden diese unsere Pflicht in jedem Jahre tun. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Weder (Ztr.)

führt aus, daß er dem Vordränger nicht bestimmen könnte, so schließt, wie er meine, seien die Verhältnisse in unseren Militär-Verhältnissen nicht. Weder bestreitet dann die Gründung einer Pensionskasse für die Arbeiter der Militärwerke im Straßburg.

Generalstimman Szt von Remin:

Ich will mich nicht allzu sehr äußern. (Beifall.) Ich kann dies um so mehr, da die Wünsche und Anregungen der Vordränger auf Grund des stenographischen Berichts geprüft werden. Die Militärverwaltung hat für die Arbeiter in den Stützpunkten besten ein besonderes Wohlwollen, da diese Arbeiter alles längere Zeit mit bescheidenen Wünschen sind. Die Frage der Pensionskasse ist in der Kommission eingehend erörtert, die Pensionskasse ist im Einzelnen mit den Arbeitern wieder aufzuheben, weil sie sich nicht bewährt hat. Mit den letzten Wahlen hat diese Sache nichts zu tun, wie konnten aber doch nicht Einrichtungen aufrecht erhalten, die sich nicht bewährt haben. Wichtig ist, daß die spanische Arbeiter eine halbe bekommen haben, die spanische Arbeiter aber nicht. Die Lebensverhältnisse in Spanien sind sehr teuer. Wir werden die Verhältnisse im Vergleich prüfen, und wenn sich die Löhne dort als zu niedrig herausstellen sollten, werden wir auch dort eine halbe geben. Auf all die Sachen, die der Abg. Jubel besprochen hat, kann ich nicht eingehen. Seine Beschwerden werden geprüft werden und ich hoffe, daß es sich dann ebenso wie in den früheren Jahren herausstellen wird, daß nicht viel dabei herauskommt. Ich bedaure nur, daß der Abg. Jubel noch meiner wiederholten Bitte mir nicht vorher von seinen Angriffen Mitteilung gemacht hat, sondern hier unbedachtlos Beamten in der schwierigsten Weise angreift, sie vor dem Hause und damit vor dem ganzen Lande als Menschenhändler bezeichnet, und das in einem Augenblick, wo sich diese Beamten wieder sehr verteidigen können nach ich dazu in der Lage bin. Herr Jubel hat sich selbst auch über Demunzianten besprochen und hat gemeint, daß wäre mir auch Angst vor der Wahl gewesen. Da tritt er aber selbst. Die Beamten haben den Arbeitern nur keinen Zweifel darüber gelassen, welches Schicksal ihnen bevorsteht, wenn sie an friedenswiderständiger Agitation sich beteiligen. Wir wollen unsern Arbeitern keine Drohungen, sondern Leute, die sich ihrer Pflicht gegen das Vaterland bewußt sind. (Beifall.)

Abg. Jubel

hält seine Behauptungen aufrecht, ein Ingenieur hätte Genehmigungsmittel in den Instituten getrieben und das, was er erfahren, dem Kriegsministerium mitgeteilt.

Kriegsminister von Einem:

Der Abg. Jubel hat einem Ingenieur vorgeworfen, daß er nicht nur in den Fabriken, sondern auch in den Familien Genehmigungsmittel getrieben und das, was er erfahren hätte, dem Kriegsministerium mitgeteilt habe. Ich erkläre hiermit, daß dem Kriegsministerium nicht ein einziger derartige Fall mitgeteilt worden ist. Das, was Herr Jubel sagte, ist also falsch.

Schöffner Oberst von Selza:

Der Abg. Müller-Weinigen hat hier vor einigen Tagen einen Fall mitgeteilt, nach dem ein Mann in Dresden, dessen Namen er nannte, zu 14 Tagen verurteilt worden sei, weil er am Tage der Kontrollversammlung einer Gewerkschaftsversammlung beigewohnt habe. Schließend wird ein Mann dieses Namens in

Dresden überhaupt nicht, und zweitens ist keiner wegen einer solchen Sache bestraft worden.

Abg. Jubel

bemerkte, er habe sich vorgetragen, er habe nicht das Kriegsministerium, sondern die Direktion gemeint.

Nach wiederholten Auseinandersetzungen zwischen den Abg. Pauli und Jubel werden die beiden Kapitel bewilligt, ebenso ohne Debatte der Rest der bauernden Ausgaben.

Bei den einmaligen Ausgaben werden entsprechend den Kommissionsbeschlüssen getrieben 15 000 Mk. als Rate für den Neubau einer Kaserne für ein Telegraphen-Bataillon in Berlin, für kleine Bauarbeiten in Potsdam 30 000 Mk. Für den Ankauf von Militärgebäuden und Grundstücken in Königsberg an die Wasserleitung werden anstatt der geforderten 100 000 Mk. nur 50 000 Mk. bewilligt.

Abg. Dr. Bärwinkel (natl.)

wünscht die Aulegung einer neuen Straße von Krensdorf nach dem Truppenübungsplatz Odruff, weil die frühere eingezogen wäre und dadurch der Verkehr gehemmt würde.

Zu den einmaligen Ausgaben für die technischen Institute (Bezüge an die Gemeinden Spandau, Siegburg und Lippstadt) hat die Kommission folgende Resolution angenommen:

„Den Reichslangier zu ersuchen, noch im Laufe dieses Jahres dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Beitragspflicht der Reichsbetriebe zu den Gemeindegeldern regelt.“

Abg. Pauli-Koldham (kons.)

erklärt, daß seine Partei die Resolution annehmen werde.

Schaffmeister Hr. v. Stengel:

Die verbündeten Regierungen haben diese Frage schon wiederholt in Erwägung gezogen. Den berechtigten Forderungen der Gemeinden gegenüber haben wir uns nie ablehnend verhalten. Der Etat des Reichs enthält von Jahr zu Jahr wachsende Ausgaben für die Gemeinden. Die Forderung Spandaus wird von uns in der wohlwollendsten Weise geprüft werden. Eine andere Frage ist die der rechtsgültigen Regelung der Beitragspflicht. Sie berührt allerdings Schwierigkeiten. Es wird ein Gesetzentwurf vorbereitet, doch kann ich nicht versprechen, daß er noch innerhalb dieser Session an den Reichstag gelangen wird, da die Verhandlungen innerhalb der einzelnen Reichsteile sich in die Länge ziehen. Ich möchte Sie deshalb bitten, sich etwas in Geduld zu fassen.

Abg. Dr. Söbelum (Sog.)

weist darauf hin, daß die Stadt Spandau von ihrem Stadtwald verkaufen möchte, um ihren Ausgaben auf dem Gebiete der Schule genügen zu können. Dem preussischen Finanzminister wäre dies natürlich sehr angenehm, da dadurch seinem Bestreben, den Grundwald aufzustellen, Vorlauf geleistet würde. Die Schwierigkeiten, um die es sich handelt, gingen sicher von Preußen aus.

Schaffmeister Hr. v. Stengel

bestreitet, daß Preußen Schwierigkeiten mache, die Schwierigkeiten lägen in der Sache selbst.

Die Resolution wird hierauf einstimmig angenommen.

Für die Erwerbung und Einrichtung von Übungsplätzen für das 1909 neu zu errichtende Pionierbataillon in Rating hat die Regierung als erste Rate 7500 Mk. verlangt. Die Kommission hat auch gleich den Betrag für den Grundwerb darauf gegeben, wodurch sich der Betrag auf 94 500 Mk. erhöht. Das Haus ist damit einverstanden.

Der Rest der Ausgaben wird bewilligt.

Für einen Waldstück des militärisch-fälligen Teils der sog. Weideneck an Zoologischen Garten in Berlin sind 320 000 Mk. als Einzahlung eingelegt. Der Hauptplatz ist verkauft an das Offizierskorps der Landwehrinspektion Berlin zum Bau eines Kasinos für die Landwehroffiziere.

Auf eine Anfrage des Abg. Erzberger (Zentr.) erwidert

Generalmajor von Lehmann:

Bei diesem Verkauf ist das Interesse des Reichs durchaus geschützt. Wir haben nur ein Stück Hinterland verkauft und die Militärverwaltung hat dabei sogar noch ein Geschäft gemacht. Die Erwerbung des Kasinos ist eine reine Privatangelegenheit und stellt auch kein Präjudiz für die Zukunft dar. Im Gegenteil, wir haben mehrere Anträge auf Errichtung von Kasinos nachrichtig abgelehnt.

Abg. Dr. Söbelum (Sog.)

Das Reich sollte es sich zum Prinzip machen, von den Grundstücken, die es in Berlin hat, überhaupt nichts zu verkaufen. Nachher braucht es wieder Grundstücke und muß herrsche Preise zahlen. Die Errichtung von Offizierskasinos führt auch sonst zu bedauerlichen Konsequenzen, bedarf man, von welchem Geist der Erwerb und des Bauanstandes die Offizierskasinos herrschen sind. Macht man doch sogar den Verkauf, ausgeschiedene Offiziere in ihrer politischen Bestimmung zu beeinträchtigen.

Der Reichstag sollte diese Position nicht annehmen, um nicht die verhängnisvollen Konsequenzen des Offizierskasinos nach sich zu ziehen. Meistens halte ich es überhaupt für unzulässig, eine Position in den Etat einzustellen, die zunächst nur schrittweise feststeht.

Kriegsminister von Einem:

Der Abg. Dr. Söbelum macht diese Position in einer Haupt- und Staatsaktion. Er sieht in seinem Geist, daß dieser Bau eines Kasinos von den weitest reichenden Folgen für den Geist des Offizierskorps ist. Ich möchte zunächst erklären: Die Militärverwaltung hebt der Sache vollkommen fremd gegenüber; sie hat sich nicht an das Offizierskorps gewandt, sondern ungeleitet. Dessen Wünsche sind auch nicht von heute oder gestern, sondern datieren schon von langer Zeit. Die Militärverwaltung hat es vielmehr stets abgelehnt, irgendwie dem Offizierskorps beim Bau eines Kasinos finanziell oder sonstwie behilflich zu sein. Denn noch eine Bemerkung: Die Militärverwaltung ist gar keinen Einfluß in politischer Beziehung auf Offiziere a. D. aus. Diese stehen, solange sie Uniform tragen, unter dem Ehrengericht. Aber noch niemals ist ein Offizier a. D. vom Ehrengericht gezogen worden wegen politischen Bergehens. Es wird kein Fall nachzuweisen sein, auch wenn Herr Söbelum darüber denken sollte. Auf den Geist des Offizierskorps gehe ich nicht weiter ein, ich halte mich an den Gegenstand. Ich gebe Herrn Söbelum daran Recht, daß es an sich nicht zulässig ist, eine Position in den Etat einzustellen, die noch mit Vorbehalten bei der Abweisung

und Zählung rechnet. Sie ist auch nur hineingekommen, weil wir absolut eine Rekrutierung brauchen. Der Etat ist so aufgestellt, daß nur schwer an einer Position etwas geändert werden kann. Da wir aber streiken sollten und doch nicht konnten, so mußte in die Einnahmen etwas hineingestellt werden. So erklärt sich also die Position, vorbehaltlich der Schätzung. Die Angelegenheit ist aber noch nicht abgeschlossen, es wird noch weiter geschätzt. Die betreffenden Personen sind vereidigte Sachverständige. Was das anlangt, daß wir in Berlin überhaupt kein Gelände abgeben sollen, so möchte ich wirklich nicht, für welche Zwecke dieser Platz noch gebraucht werden könnte. Die Kaschier geht auf den Kabinhof Zoologischer Garten, ist also nicht sehr beirrend, und besonders ruhig auch nicht bei den Hunderten von Jagen, die da vorbeilaufen. Verkauft wir das Grundstück also nicht, so dehnen wir nur das Intendanturbäude des 8. Armeekorps noch weiter aus. Lediglich um dem Offizierskorps entgegenzukommen, wollen wir den Hauptplatz überlassen. Das Korps veranlaßt sich ja doch auch jetzt, nur wird es ihm schwerer gemacht. Ich möchte Sie also um Annahme der Position bitten.

Abg. Erzberger

hält die Bedenken des Abg. Söbelum nicht für berechtigt. Da für den Hauptplatz ein angemessener Preis gezahlt würde, sollte man zugreifen. Auf den Geist des Offizierskorps habe der Bau eines Kasinos keinen Einfluß. Erreulich sei es, daß der Kriegsminister gesagt hat, es solle wegen politischer Dinge niemals gegen Offizierskorps vorgegangen werden.

Abg. Dove (Sog.)

Meine Freunde werden der Position nicht zustimmen. Die Darlegungen des Kriegsministers waren nicht überzeugend. Es ist gesagt worden, es sei nicht erwünscht, daß solche Kasinos gebaut werden. Der Meinung sind wir auch. Wenn aber der Kriegsminister gar sagt, wir müßten den Platz verkaufen, weil wir Geld brauchen, so ist das doch wirklich kein durchschlagender Grund. Doch das Offizierskorps es gewünscht, kann nicht in Betracht kommen. Denn sonst könnte man, was den Berliner Offizierskorps anlangt, auch den Offizierskorps in anderen Städten zuzulassen. Außerdem: Wir haben gerade in den letzten Tagen mehrfach davon gesprochen, daß unsere Armee ein Volksgesetz sein soll. Und gerade, um diesen Charakter schärfer zu betonen, wollen wir allen separatistischen Gesetzen, wie sie sich bei den Offizierskorps in immer steigendem Maße zeigen, entgegenzutreten; wir werden daher diese Position ablehnen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Passche (natl.)

Ich muß zugeben, die Sache hat ihre Bedenken. Wir haben bisher schon häufig die Erfahrung gemacht, daß, wenn wir eben ein Territorium weggegeben haben, wir nachher ein anderes brauchen und dann schwer bezahlen. Die übrigen Dinge, die grundsätzliche Seite des Offizierskorps usw., will ich nicht erörtern. Aber die finanzielle Seite der Sache scheint uns in der Tat nicht so geklärt. Ich bitte Sie daher, diese Position zur nochmaligen Prüfung an die Budgetkommission zurückzuverweisen.

Abg. Dr. Söbelum

Nach den Grundzügen des Kriegsministers kann man wirklich nicht wirklich sein. Es handelt sich hier um ein Offizierskasino, in dem sämtliche Festlichkeiten der Landwehroffiziere später stattfinden werden (Kurze rechts). Seien Sie doch einen Augenblick ruhig, Herr Erzberger wird wohl noch der Kopf gewaschen werden wegen seiner jeglichen regierungsfremdlichen Haltung (Große linkerseits). Glauben Sie nur zu nicht, daß Sie den Offizierskorps mit einem Kasino einen Gefallen tun. Ein solches Gebäude wird die Offizierskorps nur in ihrer persönlichen Freiheit beschränken und sie vom Bürgerthum noch mehr absondern.

Kriegsminister von Einem:

Die Offizierskorps gehören doch den vertriebenen Ständen an, es gehören dazu: Kaufleute, Post- und Bankbeamte, Schatzmeister, Lehrer, (Reiterseits.) Und alle diese Leute, die doch in der Bevölkerung leben und im freien Verkehr mit ihr leben, die sollen nun am einmal durch ein Kasino-gebäude der Bevölkerung entfremdet werden! Das ist mir vollkommen unklar. So ist auch nicht richtig, daß nur dort Festlichkeiten und Hochzeiten daneben abgehalten werden. Das mag vielleicht hier und da mal vorkommen, aber doch nicht für immer. Man hat man gefragt, was ich tun würde, wenn andere Städte mit ähnlichen Wünschen kämen. Das soll man doch ruhig mir überlassen. In anderen Städten liegen die Verhältnisse doch anders, da sind die Entfernungen geringer, da findet man leichter einen Platz. Der Platz am Zoologischen Garten ist so günstig, weil er im Mittelpunkte des Verkehrs liegt. Die Sache liegt wirklich so einfach, sie ist ohne Gefahr. Nehmen Sie ruhig die Position an!

Abg. von der Wense (Sp.)

Als ehemaliger Offizier muß ich gegen das, was der Abg. Dr. Söbelum (Reiterseits) über die politische Beeinflussung der Offizierskorps gesagt hat, Erwähnung einlegen. Eine solche Beschränkung unserer persönlichen Freiheit, des höchsten Guts, lassen wir uns als Offiziere a. D. und als deutsche Männer nicht nehmen. (Reiterseits und Beifall.)

Abg. Lottmann (Wirtsch. Sog.)

Was die politische Beeinflussung der Offizierskorps anlangt, so ist eines richtig: Jeder Offizier, der die Sozialdemokratie direkt oder indirekt unterstützt, handelt egoistisch. (Großer Lärm bei den Sog. Beifall rechts.)

Abg. Dr. Passche:

Ich habe meinen Antrag auf Rückverweisung nur eingebracht, um die Debatte abzulösen; nachdem dieser Zweck nicht erreicht ist, ziehe ich ihn zurück. (Beifall.)

Darauf wird die Position gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und der Polen angenommen. Es wird gleichzeitig beschlossen, sie von 320 000 auf 334 000 Mark zu erhöhen.

Der Rest des Militärsetats wird ohne Debatte erledigt.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr (Postzeit); hierauf Novelle zum Beamtengesetz und Quartierbesetzungsrecht.

Schluß 1/2 Uhr.

